

«Ich gehe meinen Weg und ecke auch mal an»

Ständerätin Anita Fetz (SP) über das bürgerlich dominierte Parlament, ihre Herausforderer und Christoph Eymann

Von Valentin Kressler und Raphael Suter

Basel. Ständerätin Anita Fetz (SP, 54) hat bei den nationalen Wahlen am 23. Oktober gleich zwei Gegenkandidaten: Nationalrat Sebastian Frehner (SVP) und Grossrat Daniel Stolz (FDP). Im Wahlkampf tritt sie aber um einiges lockerer auf als noch vor vier Jahren – damals war Grossrat Andreas Albrecht (LDP) ihr Herausforderer.

BaZ: Frau Fetz, Ihre eigene Einschätzung und die Fremdeinschätzung Ihrer Arbeit in Bern stimmen nicht überein.

Anita Fetz: Die Fremdeinschätzung von wem?

Sie haben kürzlich in der BaZ gesagt: «Ich mache meine Arbeit gut.» Daniel Stolz aber sagt: «Ihre Bilanz ist schlicht zu wenig überzeugend.» Und Sebastian Frehner kritisiert: «Sie ist wirtschaftsfeindlich und somit Gift für den Kanton Basel-Stadt.»

(Lacht.) Ja, gut. Das sind meine Gegner. Es ist ja klar, dass die das negativ sehen müssen.

In Bern wird Ihr Wirken ebenfalls unterschiedlich aufgenommen: «Wenn sie ans Rednerpult tritt, verlassen manche Ratsmitglieder den Saal», sagte ein bürgerlicher Ständerat kürzlich in der BaZ.

Interessant ist ja, dass sich dieser Ständerat nur anonym geäussert hat. Das zeigt doch, wie wenig daran ist. Das ist bereits zu einem Thema im Rat geworden, und alle fragen sich, wer dieser Feigling ist. Meine Haltung ist klar eine andere: Ich stehe öffentlich hin, wenn ich etwas sage. Dafür bin ich auch gewählt worden. Die Bevölkerung von Basel-Stadt will, dass ich meine Positionen – auch wenn sie im Ständerat nicht mehrheitsfähig sein sollten – öffentlich und offensiv vertrete. Es ist zudem eine meiner Aufgaben, in Bundesbern der Minderheit eine Stimme zu geben. Oft ist dies in Basel mehrheitsfähig, wie die Abstimmung über das unnötig scharfe Arbeitslosenversicherungsgesetz gezeigt hat.

Es kommt aber doch immer wieder vor, dass sich Politiker anonym über andere Politiker äussern.

Im Ständerat ist dies sehr unüblich. So unüblich, dass es mir nun schon wieder nützt.

Sie und der Baselbieter SP-Ständerat Claude Janiak haben sich vor den letzten nationalen Wahlen 2007 als Trauduo verkauft, das für die Region Basel gemeinsam einiges bewirken kann. Ist dies aus Ihrer Sicht nun gelungen?

Einmal mehr, einmal weniger. Wir haben jedenfalls viel und gut zusammengearbeitet. Und wir haben vor allem darauf geachtet, dass wir in den für die Region entscheidenden Sachkommissionen präsent sind, was gar nicht so einfach ist. Entscheidend für die Region sind insbesondere die Verkehrspolitik – mit dem Juradurchstich und dem Agglomerationsprogramm – sowie Bildung und Forschung. Ich bin in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, und Claude ist in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen. Insofern haben wir unser Ziel erreicht und decken hier die zentralen Dossiers ab.

Können Sie uns ein konkretes Beispiel nennen?

Claude hat eine Motion für eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Infrastruktur der Rheinhäfen eingereicht. Im Ständerat haben wir Basler diesen Vorstoss durchgebracht, leider nicht im Nationalrat. Dies unter anderem deshalb, weil ein gewisser Herr Frehner dagegen gestimmt hat. Das ist sein gutes Recht, aber er soll sich dann nicht negativ über meine Arbeit für Basel äussern. Es gibt noch ein anderes, schwerwiegenderes Problem: Wir agieren in einem bürgerlich und ländlich dominierten Ständerat, der – zusammen mit einem bürgerlich dominierten Nationalrat – Sparprogramme durchzieht. Und genau die Dossiers, die für die Region wichtig sind, sind davon betroffen. Wenn zusätzlich Kampffjets für fünf Milliarden Franken bewilligt werden, dann richten sich solche Entscheide direkt gegen



Selbstbewusst. Anita Fetz (SP, 54) ist zuversichtlich, dass sie bei den nationalen Wahlen am 23. Oktober für eine dritte Amtsperiode in den Ständerat gewählt wird.

Foto Elena Monti

verschiedenen Verbänden kommt –, mache ich das ebenfalls.

Und zeitlich?

Der Aufwand ist gross, vor allem, wenn die Session mitten in den Wahlkampf fällt.

Ist dieser Aufwand überhaupt nötig?

Ja. Zuerst einmal: Eine Wiederwahl ist nie von vornherein sicher. Es ist wie beim Fussball: Der Match ist erst mit dem Schlusspfiff fertig. Und zweitens: Ich mache gerne Wahlkampf. Das ist der Moment, da ich der Bevölkerung Rechenschaft über meine Arbeit in Bern ablegen kann. Sie hat ein Recht darauf, ich mache die Politik ja schliesslich für sie. Ich möchte aber noch etwas anderes sagen.

Was?

In den vergangenen Jahren hat der Bund 20 Milliarden Franken eingespart.

Wo? Und warum betonen Sie das?

Überall. Ich sage das nur, damit Sie sehen, was passiert auf Bundesebene. Und das, obwohl wir einen kerngesunden Finanzhaushalt haben. Jetzt könnten wir in Bildung und Verkehr investieren. Aber nein. Manchmal befürchte ich, dass wegen des Sparens und den Steuersenkungen nicht mehr genügend in die Zukunft der Schweiz investiert wird. Das ist im Moment meine grosse Sorge. Die andere ist, dass es beim Thema Atomausstieg nicht mehr so läuft, wie es sollte.

«Ich muss im Wahlkampf ja nicht ebenfalls in die unterste Schublade greifen.»

Zurück zum Wahlkampf: Warum haben es die Bürgerlichen schon wieder nicht fertiggebracht, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen?

Das müssen Sie die Bürgerlichen fragen. Aber ganz abgesehen davon: Ich nehme alle Gegenkandidaten ernst.

Kennen Sie Ihre beiden Gegenkandidaten eigentlich?

Ja. Sebastian Frehner ist ja im Nationalrat, und Daniel Stolz habe ich noch im Grossen Rat erlebt.

Und der Wahlkampf, den die beiden führen, war aus Ihrer Sicht bisher fair?

Nein, so würde ich das jetzt nicht sagen. Aber ich muss ja nicht ebenfalls in die unterste Schublade greifen.

Sprechen Sie die Aussage von Herrn Frehner an, der gesagt hat, Sie seien «Gift» für Basel-Stadt?

Ach, wissen Sie: Die Aussage von Herrn Frehner ist schon aussagekräftig genug und führt zu einem Solidarisierungseffekt. Ich wundere mich aber schon, wie geschichtsunsensibel gewisse Leute sind.

Wie beurteilen Sie Ihre Wahlchancen?

Ich bin zuversichtlich. Ich sage aber auch immer, dass es eine Frage der Mobilisierung ist. Und deshalb bin ich auch viel unterwegs. Wie gesagt: Der Match ist erst mit dem Schlusspfiff fertig. Das hat man ja am 13. Mai 2006 beim FCB-Match gegen Zürich gesehen.

Kandidieren Sie 2015 erneut?

Das habe ich mir noch nicht überlegt.

Das glauben wir Ihnen nicht.

So weit plane ich nun wirklich nicht voraus (schweigt länger). Jetzt müssen zuerst einmal die diesjährigen Wahlen gewonnen werden.

Ja, aber die sind ja wohl gelaufen. Bei den Wahlen 2007 haben Sie Andreas Albrecht (LDP), einen guten Kandidaten, im ersten Wahlgang klar geschlagen.

Als Direktbetroffene ist man da naturgemäss zurückhaltender. Es könnte sein, dass viele Leute denken, das Rennen ist gelaufen, und deshalb gar nicht wählen gehen. Und dann gibt es einen zweiten Wahlgang. Das ist nicht ausgeschlossen.

Und Sie haben Glück gehabt: Christoph Eymann hat auf eine Ständeratskandidatur verzichtet.

Ich hätte nichts dagegen gehabt, gegen ihn anzutreten. Ich habe gerne spannende Auseinandersetzungen. Das hätte ich stark gefunden – auch für Basel.

gen die Interessen unserer Region. Diese Milliarden müssen jetzt nämlich in anderen Politikbereichen eingespart werden wegen der Schuldenbremse. Hier wundern wir uns manchmal schon darüber, wie die bürgerlichen Nationalräte der Region in solchen Fragen abstimmen.

Sie haben es selbst angetönt: Als Linke aus einem Stadtkanton sind Sie im bürgerlich dominierten Ständerat in der Minderheit. Könnte ein bürgerlicher Basler Ständerat nun nicht mehr herausholen, gerade was die Landesinteressen anbelangt?

Nein. Claude und ich haben wenigstens die geballte Kraft unserer gesamten Fraktion im Rücken. Das hat ein FDPler oder ein SVPLer nicht. Im Gegenteil: Der SVPLer muss sich anpassen, und der FDPler bleibt – wie wir das im Nationalrat bei Peter Malama sehen – marginalisiert. Und man muss sich bei der ganzen Diskussion auch bewusst sein: Jede Region fühlt sich von Bundesbern vernachlässigt.

Zürich oder Bern doch nicht.

Doch, auch Zürich und Bern. Diese Kantone haben ebenfalls ihre speziellen Interessen.

«Die Region Basel leidet besonders unter der Sparpolitik der Bürgerlichen.»

Sie teilen die selbst in der Basler Polit-szene weitverbreitete Ansicht also nicht, dass Basel in Bern oft Zweiter macht?

Nein. Weil die Region Basel relativ kostenintensive Anliegen hat, leiden wir aber besonders unter der Sparpolitik der Bürgerlichen. Hier Gegensteuer zu geben, ist nicht nur der Job der beiden Ständeräte, sondern aller Bundesparlamentarier der Region und nicht zuletzt auch der Wirtschaft.

Regierungspräsident Guy Morin (Grüne) scheint den Basler Bundesparlamentariern nicht ganz zu vertrauen. Er will nun

einen professionellen und ständigen Lobbyisten in Bern installieren. Das ist doch eigentlich Ihre Aufgabe.

Ich habe der Regierung sogar empfohlen, einen solchen Lobbyisten anzustellen. National- und Ständerat sind ein Milizparlament. Das befürworte ich. Das heisst aber auch, dass die Parlamentarier daneben noch arbeiten und nicht ständig in Bern präsent sein können. Die Kantone Genf und Tessin beispielsweise haben Lobbyisten angestellt und fahren gut damit. Ich selbst arbeite oft mit ihnen zusammen. Wenn wir in Bern etwas erreichen wollen, müssen wir erstens selbstbewusst auftreten und nicht nur jammern. Und zweitens selbst etwas für unsere Interessen unternehmen. Zum Beispiel halt auch einmal eine Vorfinanzierung für ein uns wichtiges Projekt. Man darf sich aber keine Illusionen machen: Es wird nie eine Region für sich in Anspruch nehmen können, dass sie die wichtigste ist und immer zuerst kommt. Die Geschichte der Schweiz war immer auch eine Geschichte des Ausgleichs, auch zwischen den Regionen.

Was könnte Basel-Stadt neben der Anstellung eines Lobbyisten sonst noch machen, um in Bern mehr Gehör zu finden? Würde es etwas bringen, wenn Regierungsrat Christoph Eymann (LDP) gleichzeitig auch im Nationalrat wäre?

Es gibt hier kein Patentrezept. Klar scheint mir: Regierungsräte sollen vollamtlich regieren, dafür werden sie schliesslich auch voll bezahlt. Hingegen wäre einiges sicher einfacher, wenn wir mehr selbst vorfinanzieren würden. Ich habe manchmal den Eindruck, wir schieben uns den Schwarzen Peter gegenseitig zu. Denn jeder weiss, dass es für bestimmte städtische Anliegen auf nationaler Ebene keine Mehrheiten gibt oder diese über Jahre hinweg aufgebaut werden müssen. Wenn uns der Juradurchstich tatsächlich so wichtig ist, wäre es ehrlicher zu sagen: Wir nehmen die Planung selbst in die Hand und machen eine Vorfinanzierung.

Ist es manchmal nicht frustrierend, wenn man von vornherein weiss, dass man mit gewissen Anliegen im bürgerlich dominierten Ständerat keine Chance hat?

Ehrlich gesagt ja. Ich sage aber immer: Politik ist ein Marathon. Und manchmal lohnt sich dieser Marathon ja auch – wie zum Beispiel bei den Krankenkassenprämien. 1,8 Milliarden Franken Prämienengelder wurden von Hochprämien- zu Niedrigprämien-Kantonen verschoben. Das hat zuerst niemand geglaubt, als ich es vor ein paar Jahren aufgebracht habe. Und doch konnte ich diese Quersubventionierung von Krankenversicherungen in anderen Kantonen durch die Basler Prämienzahler stoppen – und das macht mich zufrieden. Deshalb habe ich keine Probleme damit, wenn ich mit einem Anliegen einmal nicht durchkomme. Wenn ich weiss, etwas ist wichtig, beisse ich mich fest und lasse nicht locker. Das machen nicht alle so.

Damit machen Sie sich nicht nur Freunde. Eine Frau, die beharrlich ist, gilt schneller als aggressiv als ein Mann.

Ja, das ist richtig. Wenn zwei das Gleiche tun, wird es oft unterschiedlich bewertet. Ich habe nun zwei Möglichkeiten: Entweder ich passe mich an und bin lieb und nett oder ich gehe meinen Weg und ecke halt auch einmal an. Ich habe mich für das Zweite entschieden. Gerade Männer der älteren Generation, die im Ständerat gut vertreten sind, bekommen bei starken Frauen wacklige Beine. Aber dieses Problem kennt jede Frau in einer Führungsposition. Alles kann man nicht haben im Leben (lacht).

Kommen wir noch auf den Wahlkampf zu sprechen. Wie viel investieren Sie zeitlich und finanziell?

Zum Finanziellen sage ich nichts, solange die Bürgerlichen jeden Vorstoss ablehnen, der in diesem Bereich Transparenz schaffen will. Dieses Doppelspiel muss endlich aufhören. An dem Tag, an dem meine Gegner ihre Finanzen offen auf den Tisch legen – und zwar auch das, was von den